

## Rede Präsident Christian Bernreiter

### Landkreisversammlung Regen, 5. Mai 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

**„Altwerden ist nichts für Feiglinge.“**

Diesen Spruch kennen Sie bestimmt alle, liebe Kolleginnen und Kollegen und Teilnehmer der diesjährigen Landkreisversammlung.

#### **Demografischer Wandel braucht Mut und Kraft**

Es ist ein Spruch, der Zuversicht geben soll angesichts der Tatsache, dass wir alle früher oder später mit den Folgen des Alterns zu tun haben werden.

Zuversicht ist auf der persönlichen Ebene wichtig. Wir, die wir die Regionalpolitik in Bayern mitgestalten, dürfen uns vom Thema Älterwerdende Gesellschaft aber **nicht** drücken.

Wir brauchen Mut und Kraft für die Aufgaben, die uns der demografische Wandel stellt. Mut vor allem auch für neue Ideen!

#### **Begrüßung zur diesjährigen Landkreisversammlung „Älterwerden im ländlichen Raum“**

Liebe Landrätinnen und Landräte, liebe Mitstreiter aus der Kommunalen Familie, verehrte Ehrengäste, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

ich begrüße Sie nochmals herzlich hier in der Regener ArberLand Halle. Unsere diesjährige Landkreisversammlung steht unter dem Motto "**Älterwerden im ländlichen Raum**".

#### **Vielzahl von Themen: Ärztemangel, Defizite in Krankenhäusern, Palliativversorgung uvm.**

Das betrifft eine Vielzahl von Themen, die uns allen täglich als Schlagworte begegnen, die wir zur Genüge kennen. Probleme, gegen die wir täglich ankämpfen:

Ärztemangel auf dem Land bei gleichzeitiger Überversorgung in den Ballungsräumen, defizitäre Krankenhäuser, lückenhafte Palliativversorgung und viele mehr.

**Experten helfen uns, Rolle der Landkreise zu bestimmen**

Heute und morgen werden uns ausgewiesene Experten dabei helfen, die Rolle der Landkreise in diesem riesigen und so wichtigen Politikfeld zu bestimmen.

Gemeinsam wollen wir die brennenden Probleme definieren und Wege aufzeigen, die zu Lösungen für die Landkreise **und** die Bürgerinnen und Bürger führen können!

Anpacken muss das jeder Landkreis natürlich selbst!

**Wofür der Landkreistag eintritt: eine Gesundheits- und Pflegeversorgung im ländlichen Raum, die Gleichwertigkeit mit Leben erfüllt**

Am Ende wird ein Papier stehen, das auf den Punkt bringt, wofür der Bayerische Landkreistag eintritt:

eine Gesundheits- und Pflegeversorgung im ländlichen Raum, bei der die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land mit Leben erfüllt wird.

**Das kostet Mühe und Geld**

Das kostet Mühe und Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wissen Sie genauso gut wie ich.

Dazu braucht es aber auch Mut!  
Mut für neue Ideen,  
Mut für neue Wege der Zusammenarbeit und des organisatorischen Miteinanders!

Ein Verharren in bestehenden Strukturen und der alleinige Ruf nach mehr Geld, ist mit Sicherheit nicht zielführend!

**Zur Zukunftsfähigkeit gehört, dass Bürger in ihrer Heimat vor Ort versorgt werden können**

Wir alle haben uns zum Ziel gesetzt, unsere bayerische Heimat in den Kommunen zukunftsfähig zu machen.

Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen in ihrer Heimat gesund werden, wenn sie krank sind, und sie wollen in ihrer Heimat alt werden. Lassen Sie uns gemeinsam Lösungen dafür erarbeiten.

**Überblick über Herausforderungen für Landkreise**

Ich werde nun umreißen, vor welchen Herausforderungen wir auf Landkreisebene bei den Themen Gesundheit und Pflege stehen, und was wir tun können, um sie zu meistern.

## Zwischenbilanz über Erfolge des Landkreistags

Darüber hinaus will ich die Landkreisversammlung natürlich auch nutzen, um eine Zwischenbilanz darüber zu ziehen, was wir im Sinne des Ziels, unsere Heimat, den ländlichen Raum, zukunftsfähig zu machen, in den vergangenen 11 Monaten schon erreicht haben.

## Zielvorstellung einer optimalen medizinischen und pflegerischen Versorgung im ländlichen Raum

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie sieht die Zielvorstellung einer heimatnahen medizinischen und pflegerischen Versorgung aus?

Diese Frage haben wir bayernweit Krankenhausdirektoren und Leiter von Pflege- und Altenheimen der Landkreise gestellt.

Beim Zusammenführen ihrer Antworten haben wir festgestellt:

Bayern verfügt über eine Versorgungsinfrastruktur, auf die wir als Landkreise stolz sein können. Zu verbessern gibt es dennoch genug - und hier können die **Landkreise als Knotenpunkte** viel beitragen. Wir müssen die Unterstützung der Bundes- und Landespolitik, der Kranken- und Pflegekassen und den übrigen Verbänden im Gesundheitssystem einfordern. Natürlich müssen einige gesetzliche Weichen neu gestellt werden.

## Miteinander der Angebote und Akteure

Im Mittelpunkt der Zielvorstellung, die der Landkreistag im Vorfeld dieser Tagung zusammen mit den Praktikern entwickelt hat, steht ein **Miteinander** - ein Miteinander aus verschiedenen Angeboten im Gesundheits- und Pflegebereich, aber auch ein Miteinander aller Akteure.

## Regionale Gesundheits- und Pflegekonferenzen

Flächendeckende regionale Gesundheits- und Pflegekonferenzen halte ich dafür als das beste Mittel, weil sie alle an einen Tisch bringen.

Sie stimmen den Bedarf an niedergelassenen Ärzten und im stationären Bereich ab, sie arbeiten an einem umfassenden seniorenpolitischen Gesamtkonzept. Besonders wichtig: In den Konferenzen sind unsere Bürgerinnen und Bürger nicht außen vor.

### **Landkreise brauchen Mitspracherecht**

Weil die Landkreise mit planungsverantwortlich sind, brauchen sie ein **Mitspracherecht bei allen Entscheidungen anderer Aufgabenträger**, die sich auf die Versorgung im ländlichen Raum auswirken. Sprich: Wenn die Kassenärztliche Vereinigung auf dem Papier festlegt, wie viele Allgemeinärzte z.B. im Landkreis Regen benötigt werden, muss die regionale Gesundheits- und Pflegekonferenz gehört werden!- so unsere klare Forderung!

Wenn es nicht klappt vor Ort, kommen die Bürger immer zu uns!  
Ob formal zuständig oder nicht:  
Die Landrätinnen und Landräte sind in den Augen unserer Bevölkerung immer mitverantwortlich!

Darum müssen wir auch im Vorfeld unsere Stimme erheben können!

### **Infrastruktur: Abbau von Sektorengrenzen**

Die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in der Fläche basiert auf einer möglichst reibungslos ineinandergreifenden Infrastruktur.

Ein Beispiel ist die Vernetzung der Beratungsdienste, also der Pflegestützpunkte und Notrufsysteme verschiedener Träger über den Landkreis als Knotenpunkt.

Dazu müssen Sektorengrenzen abgebaut werden.

Wenn wir über die Gesundheits- und Pflegeversorgung der Zukunft reden, liebe Landrätinnen und Landräte, sollte ein Grundprinzip bestehen bleiben:

### **Grundprinzip Hausarzt als Lotse**

Der Hausarzt ist wie ein Lotse erster Ansprechpartner für die Patienten.

**Fachärzte an Gesundheitszentren  
und Krankenhäuser ansiedeln**

Als solcher gehört er in die Beratungsstrukturen auf Landkreisebene eingebunden. Während ein Hausarzt in jeder mittleren kreisangehörigen Gemeinde zu finden sein muss, können sich **Fachärzte im ländlichen Raum an Krankenhäusern und weiteren Gesundheitszentren konzentrieren.**

Das geht - wenn wir längere Wege für Patientinnen und Patienten über Mobilitätshilfen ausgleichen.

**Dafür rechtliche Grenzen  
überwinden**

Und es geht dann, wenn der Landesgesetzgeber hilft, Sektorengrenzen zu überwinden, etwa indem er niedergelassenen Ärzten ermöglicht, krankenhausgeförderte Anlagengüter mit zu nutzen.

Die Verzahnung von ambulanten und stationären Leistungserbringern muss zwangsläufig vorangetrieben werden.

Um erfolgreich zu sein im Sinne unserer Bürger müssen hier rasch neue Wege beschritten werden, auch in der Finanzierung!

**Krankenhäuser zwischen  
Betriebswirtschaft und Bürgerwille**

Lassen Sie uns nun zu den **Krankenhäusern** selbst kommen. Was sie bieten müssen und bieten können angesichts betriebswirtschaftlicher Zwänge, wird immer wieder heiß diskutiert.

Auf der einen Seite stehen oft rote Zahlen, immense Defizite, die die Politik zum Handeln zwingen.

Über die Hälfte der Krankenhäuser sind defizitär!

Auf der anderen Seite stehen die Bürgerinnen und Bürger, die an den gewohnten Strukturen hängen.

Geld aus den Kreishaushalten zum Ausgleich der Verluste der Krankenhäuser fehlt uns dann für die dringend benötigten Investitionen in die Zukunft unserer Heimat!

Es muss allen bewusst sein, dass nicht jedes Krankenhaus in Zukunft Bestand haben wird! Staat und Kommunen müssen den Mut haben, gemeinsam den tatsächlichen Bedarf zu planen!

Bedarfsnotwendige Häuser müssen dann allerdings auskömmlich finanziert werden!

Es geht nicht an, dass Steigerungsraten der jährlichen Budgets nicht einmal die Tarifabschlüsse für unser Personal abbilden!

Hier erwarten wir von der Koalition in Berlin ein zügiges Handeln und eine Gesundheitsreform, die den Namen verdient, die die Erwartungen der Beitragszahler an die Leistungserbringer aber auch finanziell abbildet!

Gestern Mittag kam allerdings für mich die Ernüchterung:

Mir flatterte der Entwurf des Bundesgesetzes zur Krankenhausreform auf den Tisch!

Wir werden heute, morgen und vor allem die nächsten Wochen darüber reden müssen!

Die Anhörung zum Gesetz endet am 18. Mai. Im Juni soll bereits das Kabinett entscheiden!

Im Anschluss hören wir den Präsidenten der DKG, Herrn Kollegen Thomas Reumann und morgen den Geschäftsführer der BKG , Herrn Siegfried Hasenbein!

Wir werden deutliche Worte hören!

Alles was ich in der weniger verbleibenden Zeit bis zur heutigen Tagung lesen konnte, war enttäuschend, ja niederschmetternd!

Der Entwurf muss in Bausch und Bogen abgelehnt werden!

Die Pressemitteilung der BKG lautet:  
Entwurf der Krankenhausreform löst bei  
Kliniken Entsetzen aus!

Die wichtigsten Kritikpunkte lassen sich mich  
wie folgt zusammenfassen:

- neue Absenkungskriterien beim  
Landesbasisfallwert
- vor Ort zu vereinbarende höhere  
Mehrleistungsabschläge
- keine Öffnung des Veränderungswertes für  
Tarifsteigerungen
- ausufernde MDK-Kontrollbefugnisse
- Qualitätsverträge ohne Anspruch für  
geeignete Krankenhäuser
- unzureichende Neuordnung der  
ambulanten Notfallversorgung

Die Koalition kündigte eine Reform an, mit  
der die wirtschaftliche angespannte Lage der  
Krankenhäuser erleichtert werden und mehr  
Gerechtigkeit erreicht werden soll!

Von diesem Ansatz ist der Entwurf weit  
entfernt!  
Er schlägt teilweise sogar ins Gegenteil um!

Wir können und dürfen das so nicht  
akzeptieren!

Unser Appell an den  
Bundesgesundheitsminister:

Zurück auf Start!

Unserer bayerischen Ministerin Melanie Huml  
müssen wir morgen klar und deutlich ins  
Stammbuch schreiben, dass wir uns das so  
nicht vorgestellt haben!

Hier muss sie für uns, für ganz Bayern  
kämpfen!

Qualität in der Fläche hat selbstverständlich auch ihren Preis!

Das kann und darf nicht still und heimlich auf die Träger abgewälzt werden!

**Natürlich sind wir auch zuerst selbst gefordert!**

**Häuser der Grundversorgung weiter erste Anlaufstelle**

Die **Krankenhäuser der Grundversorgung** müssen die erste Anlaufstelle in der akutstationären Versorgung in der Fläche bleiben.

**Krankenhausverbände als Königsweg**

Organisatorisch sind regionale **Krankenhausverbände** der Weg der Zukunft.

Dabei greifen alle Stufen ineinander: Das Pflegezentrum ist mit dem Grundversorgungs-Krankenhaus vernetzt, dort wiederum hat man einen kurzen Draht zum Klinikum einer höheren Versorgungsstufe mit allen medizinischen Funktionsbereichen.

Wenn wir alles richtig machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, nehmen die Patienten die Verbände als EIN Haus wahr und fühlen sich zu Recht gut aufgehoben.

Wir werden in Zukunft in vielen Bereich enger zusammenarbeiten müssen! Daher müssen wir die kommunale Zusammenarbeit verstärkt leben und vernetzt denken!

**Hürden abbauen: Kartellrechtliche Beurteilung**

Unverständlich ist nicht nur für mich, dass ein Zusammenschluss kommunaler Krankenhäuser kartellrechtlich beurteilt wird! Hier dürfen einfach keine Hürden bestehen! Es braucht einen Ausnahmetatbestand nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Und generell gilt:

**Landesebene muss Aufbau von Verbänden unterstützen**

Der Aufbau von Krankenhausverbänden muss auch durch die Krankenhausplanung und **-Finanzierung auf Landesebene unterstützt werden**. Besonders wichtig für uns auf Landkreisebene ist, dass die



## Krankenhaus- Investitionsförderung ausbauen

**Krankenhaus-Investitionsförderung** auf hohem Niveau weitergeführt wird und noch ausgebaut wird.

## Mehr Geld für Notfallambulanzen

Bei den Notfallambulanzen an Krankenhäusern kann man aktuell mit Fug und Recht von Unterfinanzierung sprechen.

Ein Patient, der hier Hilfe sucht, verursacht in den meisten Fällen drei- bis viermal mehr Kosten, als das Krankenhaus vergütet bekommt.

Hier muss eine bessere Finanzierung dringend grünes Licht bekommen - auch deswegen, weil Krankenhäuser im Notfallbereich Aufgaben der niedergelassenen Ärzteschaft mit erfüllen - was die Grippewelle jüngst deutlich gezeigt hat.

Wir dürfen hier nicht der Notnagel sein, der nachts und am Wochenende einfach da ist und schon aus moralischen und politischen Gründen niemanden abweisen darf, auch wenn wir dafür kein Geld bekommen!

Da machen es sich die Verantwortlichen sowohl in Politik als auch auf Seiten der Kassen zu einfach!

## Nachnutzung für Landkrankenhäuser

Diejenigen **Landkrankenhäuser, die mit dem medizinischen Fortschritt nicht mehr mithalten können**, haben durchaus Möglichkeiten, sich in das Miteinander der Angebote einzufügen: Bereits bewährt haben sich Nachnutzungen als medizinische Versorgungszentren, Kurzzeitpflegeeinrichtungen oder Hospize. **Stationär gestützte regionale Gesundheits- und Pflegezentren** sind eine weitere Möglichkeit. Bund und Freistaat sind aufgerufen, uns hierbei planerisch und finanziell zu unterstützen.

## Pflegeversorgung: Nahtlose Übergänge

Eine **ideale Pflegeversorgung** bedeutet, niemanden im Stich zu lassen.

Der Übergang vom stationären Aufenthalt im Krankenhaus hin zur Unterstützung in der Nachsorge für ältere Patientinnen und Patienten muss lückenlos sein.

### **Pflegeberatung bei Kommunen ansiedeln**

Es ist sinnvoll, die **Zuständigkeiten für die Pflegeberatung auf die Landkreise und kreisfreien Städte** zu übertragen.

Bei Pflegestützpunkten auf Kreisebene finden die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen neutrale Beratung, die die weiteren Angebote der Kassen und der Angehörigenberatungsstellen mit einbezieht.

### **Trägerunabhängige Beratung**

Trägerunabhängige Beratung hat das Ziel, ein möglichst langes Wohnen zu Hause zu ermöglichen.  
Das geht besser, wenn zu den professionellen Pflegediensten ehrenamtliche Strukturen dazu kommen.

### **Wohnraum für Senioren**

#### **Staatliche Förderung stationärer Pflegeplätze muss wiederkommen**

Voraussetzung ist, dass unseren Seniorinnen und Senioren altersgerechter und bezahlbarer **Wohnraum** zur Verfügung steht. Die staatliche Förderung stationärer Pflegeplätze wurde im Freistaat 2007 eingestellt.  
Es wurden in letzter Zeit Stimmen laut, das wieder zu ändern!  
Hier brauchen wir nun eine offene Bestandserhebung!

Wie ist die Situation in ganz Bayern?  
Ist hier eine erneute Förderung notwendig?

An die neuen Kollegen:

Vor 2007 war die staatliche Förderung an die kommunale gekoppelt.  
Die staatliche Förderung wurde maximal in der Höhe der kommunalen gewährt.  
Bis zu je einem 1/3 der förderfähigen Kosten!

Da waren die Landkreise mit erheblichen

Mitteln dabei!

Lasst uns das gemeinsam in nächster Zeit näher betrachten!

Eine Änderung will wohl überlegt sein!

Neuer Handlungsspielraum eröffnet sich jedenfalls für die Landkreise selbst, wenn sie **eigene stationäre Pflegeplätze** vorhalten können, um den Bedarf abzudecken, der vom Markt nicht bedient wird.

### **Palliativ- und Hospizversorgung: Lücken im ländlichen Raum**

Für die letzte Lebensphase wird die **Palliativ- und Hospizversorgung** immer wichtiger, das wissen wir alle.

Wir brauchen hier einen Ausbau sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich. Gerade im ländlichen Raum gibt es aber noch erhebliche Lücken.

Es wäre aus Patientensicht wünschenswert, einen **Anspruch auf entsprechende Leistungen** gesetzlich zu verankern.

### **Verlässliche Antwort zum Thema Sterbehilfe**

Unsere Gesellschaft braucht eine verlässliche Antwort auf das Thema Sterbehilfe!

Alois Glück wird darauf morgen sicherlich umfassend eingehen!

### **Pflegekräfte sichern**

Einen Aspekt möchte ich hier nur streifen:

Um für unsere Bevölkerung die medizinische und pflegerische Versorgung bedarfsgerecht weiterhin anbieten zu können, brauchen wir selbstverständlich auch ausreichend geeignetes Pflegepersonal!

Dieses Thema dürfen wir nicht unterschätzen!

Wir müssen hier alle rechtzeitig in die Akquise und Rekrutierung einsteigen!

Das Thema medizinische und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum ist

**Komplexes Thema anpacken - Standortfaktor Gesundheit für eine lebenswerte Heimat**

hochkomplex.

Einfache und schnelle Lösungen gibt es hier nicht.

Dennoch **müssen wir es anpacken!**

Der demografische Wandel drängt uns auch hier zum Handeln.

**Gute Gesundheitsversorgung ist ein Megathema, eine Säule von „Heimat 2030“, ein Standortfaktor eben, auf den wir nicht verzichten können, wenn unsere Heimat lebenswert bleiben soll.**

Ich hoffe, diese Tagung bringt jedem von uns einen Mehrwert!

Insbesondere den 27 neuen Landratskolleginnen und –kollegen wollten wir gleich zu Beginn der Wahlperiode die Gelegenheit bieten sich in diesem Kreis mit dem Megathema zu beschäftigen!

**Überblick über weitere Themen**

Über das Thema Medizin und Pflege hinaus will ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen einen Überblick über die aktuellen politischen "Baustellen" des Bayerischen Landkreistags zu geben.

**Asyl**

Aktuell ist leider nach wie vor das drängendste Problem sicher die immer weiter ansteigende Zahl von **Asylbewerbern**. Beim Bund ist endlich angekommen, dass die Länder und Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge nicht allein gelassen werden dürfen.

**Winternotfallplan - Kreise haben Wort gehalten**

Der vergangene Winter hat mit der Teilaktivierung des **Winternotfallplans** gezeigt, wie sehr das ganze System auf Kante genäht ist.

Wir alle, liebe Landrätinnen und Landräte, sind zu unserem Wort gestanden und haben den Freistaat tatkräftig bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt.

**Staatsregierung erfüllt Forderungen**

Jetzt kommt die Staatsregierung endlich zentralen Forderungen nach, die der Landkreistag seit geraumer Zeit erhoben hat.

Wir können damit feststellen: Das ist ein großer **Erfolg!**

### **Erstattung von Personalaufwand bei dezentraler Unterbringung**

Als erstes wird eine finanziell ganz wichtige Forderung erfüllt: Nämlich, dass die Landkreise ihren personellen Mehraufwand für **Hausmeistertätigkeiten**, sprich Kümmerer, bei der dezentralen Unterbringung gegenüber der Staatsregierung geltend machen können.

Pro 75 im Landkreis dezentral untergebrachten Flüchtlingen wird eine **E6-Stelle vom Staat finanziert**.

Das kann bei einzelnen Landkreisen schnell mehrere 100.000 € ausmachen.

### **Fehlbeleger**

Beim Problem der **Fehlbeleger**, jenen Personen, die Plätze in den Unterkünften blockieren, obwohl sie ausziehen dürften, jedoch keine Wohnung finden, reagiert der Freistaat ebenfalls.

Weil die Unterbringung von Asylbewerbern in Bayern staatliche Aufgabe ist und bleibt, ist es nur konsequent, wenn der Freistaat auch in dezentralen Unterkünften die Verantwortung und letztlich auch die Kosten für Unterkunft und Heizung der Fehlbeleger übernimmt.

### **Kompetenzen für Anmietung gehen wieder an Landräte**

Den dritten Haken können wir unter eine weitere Forderung setzen: Die Staatsregierung ist bereit, den Landräten die **Anmietung von dezentralen Unterbringungsobjekten** wie früher im Namen des Freistaats zu ermöglichen. Damit werden die Mietkosten direkt in den Staatshaushalt gebucht, wenn der Mietvertrag vorher mit der jeweiligen Regierung abgestimmt wurde. Hier sind noch einige Detailfragen zu klären, aber wir können davon ausgehen, dass die Grundentscheidungen in unserem Sinne getroffen sind.

### **Asylsozialberatung - Forderungen nur zum Teil erfüllt**

Eine offene Baustelle haben wir weiterhin bei der **Asylsozialberatung**.

Hier konnten wir die Staatsregierung und die freie Wohlfahrtspflege noch nicht von unseren Argumenten überzeugen.

So erfreulich es ist, dass die staatliche Förderung für die Asylsozialberatung auf über 9 Millionen Euro im Jahr aufgestockt wird:

Den Bedarf vor Ort deckt auch diese Summe nicht.

Dass die soziale Begleitung der ankommenden Menschen und auch der aufnehmenden Bevölkerung in der Nachbarschaft unendlich wichtig ist, zeigen die schrecklichen Ereignisse von Tröglitz oder Vorra.

### **Noch weiter ausbauen und Zuwendungen direkt an Kreise**

Deswegen sagen wir: Die **Asylsozialberatung** muss noch weiter ausgebaut werden, und sie muss effektiver werden.

Wir fordern nach wie vor, dass die Kreisverwaltungsbehörden die Zuwendungen erhalten und vor Ort mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege organisieren.

Der Grundsatz der Subsidiarität wird dabei von den Kreisen selbstverständlich anerkannt.

Die Staatsregierung hat zumindest zugesagt, dass es 5 Pilotlandkreise geben wird, in denen eine kommunale Asylsozialberatung getestet wird.

### **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - 8,5 Millionen Euro viel zu wenig**

Beim Thema **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** kommt uns der Freistaat entgegen - aus unserer Sicht aber noch nicht weit genug.

Der Landkreistag begrüßt, dass die Verwaltungskosten für die Jugendämter auf **8,5 Millionen Euro** aufgestockt werden.

Angesichts der über 5000 minderjährigen Neuankömmlinge, die wir in diesem Jahr erwarten, ist das aber **viel zu wenig**.

Bayernweit müssen wir von einer

zusätzlichen Kostenbelastung von rund 25 Millionen Euro für Amtsvormundschaften und die wirtschaftliche Jugendhilfe ausgehen.

### **Bundesrats-Initiative muss umgesetzt werden**

Die von Bayern angestoßene **Bundesrats-Initiative**, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bundesweit zu verteilen, muss jetzt schnell umgesetzt werden. Denn nur so können wir auch den Bund in die Mitfinanzierung zwingen.

Das derzeitige **Kostenerstattungs-Verfahren** über das Bundesverwaltungsamt ist viel zu langwierig, intransparent und belastet die Mitarbeiter in den Jugendämtern.

Hier benötigen wir Handlungs- und Rechtssicherheit, aber auch **mehr finanzielle Unterstützung vom Bund und vom Freistaat**.

Bei dem Thema unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge darf ich aber 3 grundsätzliche Forderungen erheben:

1. Die erforderliche Jugendhilfe begründet sich durch Migration und Flucht! Sie stellt somit keine kommunale Leistung dar! Wir fordern somit eine vollständige Kostenerstattung!
2. Es sind passgenaue Hilfen zu definieren! Wer traumatisiert ist, weil er aus einem Kriegsgebiet kommt, braucht eine andere Hilfe, als jemand, der aus wirtschaftlicher Not zu uns kommt und nach den geplanten neuen Regeln eine Ausbildung beginnen und beenden darf. Hier müssen wir neue Hilfeformen wie z.B. ein betreutes Ausbildungsheim kreieren!
3. Es darf keinen Automatismus für Jugendhilfe geben. Wer volljährig wird und nicht traumatisiert ist, muss in normalen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden.

Hier sind wir auch selbst gefordert!  
Sonst überrollt uns auch diese Thematik!

## Weitere Forderungen an den Bund noch unerfüllt

Zur Flüchtlingspolitik haben wir in der Vergangenheit noch **einige weitere Forderungen an den Bund** erhoben, die bis jetzt noch unerfüllt bleiben.

Das Bundesamt für Migration muss personell so aufgestockt werden, dass der Antragsstau abgebaut werden kann.

Trotz Personalmehrung wird dort der Berg an unerledigten Anträgen leider immer größer. ( 20.000 bearbeitet, 34.000 Neuanträge im März).

Der Bund muss mehr Geld für Migrationsberatung und Sprachkurse bereitstellen.

Im Bauplanungsrecht brauchen wir Erleichterungen bei den Voraussetzungen für Asylbewerberunterkünfte.

Und - über das Thema Asyl hinaus wichtig: Der Bund muss die Schaffung bezahlbaren Wohnraums stärker unterstützen.

Zahlen: **2013** 10.000  
**2014** 34.000  
**2015** 60.000

Es gibt keine einfachen Lösungen mehr!  
 Der Staat muss auch rechtstaatlich handeln!  
 Wenn 2/3 kein Bleiberecht haben, dann müssen auch 2/3 wieder umgehend ausreisen!  
 2013 und 2014 gab es jeweils nur 10.800 Abschiebungen!!

Neue Wohnungen müssen schnell geschaffen werden!

1/3 sind bei 300.000  
 100.000 die Bleibestatus haben und dann aus Einrichtungen ausziehen müssen!

Wir wollen keinen Konkurrenzkampf zwischen Einheimischen und Flüchtlingen!  
 Daher muss rasch gehandelt werden!

Endlich steht das Thema Flüchtlinge und Asyl auf der europäischen Tagesordnung der Staats- und Regierungschefs!



Wir fordern schon lange eine gerechte Verteilung in Europa bei klar definierten Standards!

Die weitere Akzeptanz der Situation wird nur gelingen, wenn die Herausforderungen schnell und in den Augen der Bevölkerung gerecht gelöst werden!

Leider wird uns das Thema weiterhin stark beschäftigen!

### **Bildung: Ganztagsvereinbarung als entscheidender Schritt**

Kommen wir nun zum Thema **Bildung**.

Es ist jetzt rund sechs Wochen her, dass wir gemeinsam mit den anderen Kommunalen Spitzenverbänden und der Bayerischen Staatsregierung die **Ganztagsvereinbarung** unterzeichnet haben.

Damit ist ein **entscheidender Schritt** hin zu mehr Chancengerechtigkeit für unsere Schüler und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für unsere Eltern getan.

Die Vereinbarung stellt Betreuungsangebote an den Werktagen bis 18 Uhr und in den Ferien sicher.

Bedarfsgerechte Ganztagsangebote sind ein **wichtiger Standortfaktor für den ländlichen Raum**, weil sie Menschen und Arbeitsplätze am Ort halten.

### **Wichtiger Standortfaktor**

Hier können wir mehr als zufrieden mit dem Erreichten sein.

### **Mittelstufe plus: Nur bedingt zufrieden**

Nur bedingt zufrieden sind wir mit dem Weg, den der Freistaat mit der **Mittelstufe Plus** einschlägt.

Für uns ist **wichtig, dass auch zukünftig die Existenz kleinerer Gymnasien auf dem Land gesichert ist und dass keine erhöhten Kosten auf die Landkreise zukommen.**

Wir haben frühzeitig darauf hingewiesen, dass es Planungssicherheit braucht.

## **Eingliederungshilfe: Große Koalition muss Wort halten**

Sicherheit wäre auch das, was die bayerischen Kommunen in Sachen **Eingliederungshilfe** dringend benötigen würden.

Wir drängen darauf, dass die Große Koalition Wort hält und die Kommunen beim mit Abstand höchsten Sozialleistungs-Posten stärker unterstützt.

Es war im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Bund die Kommunen im Rahmen eines Bundesteilhabegesetz ab 2018 jährlich um 5 Milliarden Euro entlastet!

Unsere Intention ist und war, dass der Gesetzgeber, der Wohltaten verteilt auch diese finanziell anteilmäßig begleicht!

Wie kürzlich der Süddeutschen Zeitung zu entnehmen war, sehen die Länderfinanzminister die Pläne mit Sorge, die versprochenen Gelder direkt an die Kommunen zu zahlen.

Einige Bundesländer wollen das versprochene Geld in die eigene Tasche stecken!

## **Finanzielle Entlastung der Kommunen nur über Bundesteilhabegesetz**

Bayern hat fest zugesichert, das Geld an uns weiterzuleiten!  
Die Staatsregierung und unser Ministerpräsident unterstützen uns hier voll.

Doch bei mittlerweile 2,3 Milliarden Euro, die Bayern im Rahmen der Eingliederungshilfe an Menschen mit Behinderung auszahlt - im Jahr 2000 waren es noch 1,3 Milliarden - kann eine finanzielle Entlastung der Kommunen nur hier ansetzen.

Nur, wenn man an ein Bundesteilhabegesetz anknüpft, ist der Bund auch bei noch weiter steigenden Kosten in der Verantwortung.

## **Andere Optionen werden am Ländervotum scheitern**

Die **Überlegung des Deutschen Landkreistags**, die Kommunen über einen anderen Weg als die Eingliederungshilfe über die 5 Mrd. hinaus zu entlasten, wird am

Votum der Bundesländer **scheitern**, meine Damen und Herren!

Die Abkopplung vom Bundesteilhabegesetz ist leider mittlerweile Fakt!

Einem Kompromiss z.B. 3 Mrd. auf Basis der Einkommensteuerbeteiligung, 1 Mrd. anhand der Umsatzsteuerbeteiligung und 1 Mrd. anhand der KdU-Zahlen können wir nur zustimmen, wenn die Summe in etwa den Belastungen der Eingliederungshilfe entspricht!

Man muss aber wissen, dass 64 % der Mehreinnahmen sowohl bei Einkommensteuer als auch bei der Umsatzsteuer in den Länderfinanzausgleich eingerechnet werden!

Das Thema bleibt spannend!

Aber der Kampf lohnt sich!

Die Vorab-Mrd. entlastet die Kommunen auf Landkreisebene in etwa um 1 Punkt Kreisumlage!

Bei 5 Mrd. sind das 5 Punkte Kreisumlage!!

Eine solche Entlastung hatten wir, soweit ich mich erinnern kann, noch nie!

Darum werden wir nicht klein beigeben!

Es darf vor allem auch nicht passieren, dass die Standards bis 2018 und ab 2018 so weit erhöht werden, dass wir als Kommunen hinterher mehr als die 5 Mrd. pro Jahr ausgeben müssen!!

Dann wäre das ein Pyrrhussieg!

Es geht weiter ums Geld:

Die **Reform des Kommunalen Finanzausgleichs** gehört zu den Schwerpunkten meines Programms Heimat 2030, weil wir nur mit einer soliden Finanzierungsgrundlage den ländlichen Raum stärken können. Hier sind wir einen

## **Reform des Kommunalen Finanzausgleichs**

Schritt weiter.

### **Schlüsselzuweisungen**

Nach unserer Auffassung werden kleine Gemeinden gegenüber kreisfreien Städten bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen doppelt benachteiligt.

### **Gutachten vorgestellt**

Der Freistaat und die Kommunalen Spitzenverbände haben zur Klärung der offenen Fragen 2013 ein **Gutachten** in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten wurde Ende Januar in der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums und des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen vorgestellt.

### **Arbeitsgruppe rechnet 15 Modelle durch - drei in der engeren Auswahl**

Zwischenzeitlich hat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Finanzministeriums und des Innenministeriums sowie der Kommunalen Spitzenverbände **15 Modelle zur Neuregelung der Gemeinde-Schlüsselzuweisungen erarbeitet**. Drei Modelle stehen in der engeren Auswahl.

### **Landkreistag für Teilanrechnung von 20 Prozent**

Bei allen Dreien werden die Nivellierungs-Hebesätze bei der Grundsteuer A und B sowie bei der Gewerbesteuer von 250 beziehungsweise 300 auf 310 Prozent angehoben. Die Beträge, die bei der Steuerkraftberechnung über dem Nivellierungshebesatz liegen, sollen bei zwei Modellen zu 10 Prozent angerechnet werden. Der **Landkreistag setzt sich jedoch für das dritte Modell ein**, das eine Teilanrechnung von 20 Prozent vorsieht.

### **Damit Ausgleich gegenüber Vorteilen Münchens**

Damit wollen wir ein Stück weit **Gerechtigkeit gegenüber der Landeshauptstadt München** herstellen.

Denn durch die Wirkung der Nivellierungshebesätze werden zum Beispiel 923,5 Millionen Euro nicht in die Steuerkraft Münchens 2015 eingerechnet - das sind über 12 Prozent der Steuerkraft 2014 aller kreisangehörigen Gemeinden.

Beim 20-Prozent-Modell würden immerhin

200 Millionen Euro in die Steuerkraft eingerechnet, 800 Münchner Millionen blieben weiterhin unberücksichtigt.

**Ein fairer Kompromiss!**

## **Ergänzungsansätze**

Beim Stichwort Finanzen sind auch die **Ergänzungsansätze für Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II** und für **Kinder in Tageseinrichtungen** zu nennen.

Sie werden – Stand heute -kommen, allein die Gewichtung ist noch strittig.

## **2016 Reform der Gemeinde-Schlüsselzuweisungen als vierter Schritt für gerechteren kommunalen Finanzausgleich**

Liebe Landrätinnen und Landräte, das Thema Finanzen möchte ich hiermit zusammenfassen:

Ich setze mich dafür ein, dass bei der Aufstellung des Haushalts 2016 die **Reform der Schlüsselzuweisungen** umgesetzt wird.

Sie stellt einen **Schritt hin zu einem gerechteren Kommunalen Finanzausgleich** dar.

Wichtig ist dabei für mich

- die Anhebung der Nivellierungshebesätze auf 310 Prozent
- die Teilanrechnung von 20 Prozent der Einnahmen über den Nivellierungshebesätzen
- ein neuer Ergänzungsansatz nach Zahl der Einwohner in Bedarfsgemeinschaften mit Faktor 3,0
- und ein neuer Ergänzungsansatz für Kinder in Tageseinrichtungen mit Faktor 0,5.

Bei all den Überlegungen dürfen wir nicht außer Acht lassen:

Die Abschöpfung der Einnahmen, die über den Nivellierungshebesätzen liegen, fließt sowohl in die Bezirksumlage als auch in die Krankenhausumlage ein!

Das wäre ein großer Schritt in Richtung einer gerechteren Lastenverteilung!

Ich bin bereit, hier auf die Überlegungen der anderen Kommunalen Spitzenverbände und der Staatsregierung einzugehen.

Eine Entscheidung muss aber jetzt getroffen werden!

**Landesentwicklung: LEP enttäuscht**

Nachbesserungsbedarf gibt es aus der Sicht des Bayerischen Landkreistags auch beim neuen **Landes-entwicklungsprogramm**. Statt zentraler Regelungen erwarten wir einen Vorrang für Subsidiarität und Regionalität, der die Planungshoheit der Kommunen stärkt und nicht einschränkt.

**Anbindegebot: Es braucht Nachbesserungen**

Besonders beim sogenannten **Anbindegebot** braucht es Nachbesserungen.

Dies ist auch im neuen LEP sehr restriktiv gefasst. **Ausnahmen** werden bis dato nur etwa Logistikunternehmen und dem produzierenden Gewerbe zugestanden. Das begrüßen wir und verteidigen dies auch gegenüber Städten und Naturschutzverbänden!

Das hilft uns aber nur bedingt weiter! Die Erfahrung zeigt, dass Ausnahmen in den verschiedenen Behörden meist streitbehaftet sind.

Auch die interkommunale Zusammenarbeit wird durch die starren Vorgaben des Anbindegebots stark erschwert.

**Wichtig: Entwicklung einer Kommune mit Wohnbau- und Gewerbegebieten sowie Tourismus  
Vertrauen in die Kommunen nötig**

Für uns geht es vielmehr um die **Entwicklung einer Kommune mit Wohnbau- und Gewerbegebieten** sowie um **touristische Einrichtungen**. Wir erwarten **mehr Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der Kommunen**.

Ihre Entscheidungsspielräume sichern die im Wettbewerb so dringend notwendigen schnellen Entscheidungen vor Ort, garantieren ein Minimum an Bürokratie und bieten Chancen für gute Ideen.

**Vorschläge: Anbindegebot nur als Grundsatz**

Unser Vorschlag lautet daher: Das **LEP muss im Sinne des ländlichen Raums weiterentwickelt werden.**

**Mehr kommunale Entscheidungsbefugnis**

Dafür muss das Anbindegebot als Grundsatz gefasst werden und die kommunalen Entscheidungsbefugnisse müssen gestärkt werden.

**Zuständigkeiten an Untere Planungsbehörden**

Zudem setzt sich der Landkreistag dafür ein, dass Zuständigkeiten der Höheren Landesplanungsbehörde nach dem Prinzip der Subsidiarität auf die Unteren Landesplanungsbehörden übertragen werden.

**Heimatbericht 2014 gute Nachricht**

Neben dem neuen LEP, das noch hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt, gibt es aber auch gute Nachrichten aus dem Heimatministerium für uns.

Minister Söders **Heimatbericht 2014** zeigt: Der ländliche Raum ist keine Restgröße zwischen den Metropolregionen München und Nürnberg.

**Ländlicher Raum holt auf - Erfolg der Politik des Landkreistags**

Wir holen in Sachen Wirtschaftskraft, Wanderungsbilanz, aber auch bei der medizinischen und schulischen Versorgung auf.

Das ist auch ein **Erfolg der nachhaltigen Politik des Bayerischen Landkreistags.**

**Weitere Schritte nötig**

Der Heimatbericht, der uns die Datengrundlage dafür liefert, den ländlichen Raum mit seinen Besonderheiten zu erhalten und weiterzuentwickeln, ist ein **Schritt in die richtige Richtung**. Wir alle wissen: Weitere entschiedene Schritte müssen folgen.

**Energiedialog abgeschlossen: Meilenstein - aber weitere Verhandlungen mit dem Bund**

Dasselbe gilt aus unserer Sicht für die Energiewende. Der abgeschlossene **Energiedialog ist ein Meilenstein** auf dem Weg zu ihrem Gelingen.

Nun gilt es, in den Verhandlungen mit dem Bund die Balance zwischen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit zu finden.

Im Interesse der Menschen und der Wirtschaft in Bayern fordern wir:

So viel regionale Stromversorgung wie möglich und so viel deutsche wie europäische Vernetzung wie nötig.

Klar ist: Der Bayerische Landkreistag wird den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien weiter nachhaltig unterstützen.

**Wasserkraft, Biomassenutzung, Photovoltaik, Windkraft und Geothermie** finden vor allem in den ländlichen Räumen statt.

Dadurch wird die dezentrale Energieversorgung und damit die **regionale Wertschöpfung vorgebracht**.

Aber es kommt darauf an, die Menschen vor Ort in die Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse einzubinden.

## **10-Jahre-Jubiläum Bayerische Klima-Allianz**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Oktober durften wir das zehnjährige Jubiläum der Bayerischen Klima-Allianz feiern. Der Bayerische Landkreistag ist quasi von Anfang an Teil des Bündnisses und setzt so ein Zeichen für die Solidarität mit den zukünftigen Generationen.

Das verheerende Hochwasser 2013 hat uns gezeigt:  
Wir müssen etwas tun, um die Menschen zu schützen. Technischer Hochwasserschutz und natürliche Maßnahmen wie Flutpolder gehen dabei Hand in Hand.

## **Hochwasserschutz als Generationenprojekt**

Dieses **Generationenprojekt gilt es schrittweise umzusetzen**. Die Kreise spielen dabei eine wichtige Rolle.

## **Erfolg, der alle betrifft: Personalsituation an**

Über einen Erfolg meiner ersten Monate im Amt freue ich mich besonders, liebe



**Landratsämtern wird entschärft**

Landrätinnen und Landräte, und zwar deswegen, weil es sich um ein Thema handelt, das Sie alle gleichermaßen betrifft:

Die **kritische Personalsituation an den Landratsämtern** wird an mehreren Stellschrauben entschärft.

Das hat der Landkreistag jahrelang wiederholt gefordert - mit der Kabinettsklausur in St. Quirin im Juli 2014 haben wir endlich Gehör gefunden.

**Stellen bleiben erhalten, neue kommen hinzu, Wiederbesetzungs-Sperre entfällt**

Im **öffentlichen Gesundheitsdienst** bleiben 25 Stellen erhalten, die ursprünglich wegfallen sollten.

Zehn weitere **Umweltingenieure** werden eingestellt, an den **Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse** sollen 40 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Auch die dreimonatige **Wiederbesetzungssperre** für ausscheidendes Personal an den Landratsämtern entfällt.

**Innovationsring liefert Belege**

Das stellt einen ersten kleinen Lichtblick dar! Das sind auch erste Zeichen dafür, dass die Staatsregierung die angespannte Personallage erkennt.

Das ist Politik, die die Heimat zukunftsfit macht.

**Belege** dafür, dass wir mit unseren Forderungen richtig liegen, hat uns der **Bayerische Innovationsring** geliefert.

Die Projektgruppe "Personal und Führung" unter der Leitung von Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land, hat eine Altersstrukturanalyse in den Landratsämtern durchgeführt.

Wir sehen: In den nächsten **zehn bis 15 Jahren scheiden altersbedingt 30 bis 40 Prozent unserer Mitarbeiter aus**. Bayern muss hier seine Hausaufgaben machen.

**Stärker über Bedarf ausbilden**

Wir fordern: Der Freistaat muss deutlich stärker über Bedarf ausbilden, damit absehbare Personallücken gar nicht erst entstehen.

**Rechnung bezahlen wir****Denn die Rechnung für fehlendes Staatspersonal bezahlen wir!**

Bereits jetzt muss fast jeder von Ihnen Kreispersonal für Staatsaufgaben einsetzen.

Die damit verbundenen **Kosten können wir nun auch konkret beziffern.**

Der Innovationsring hat unter der Leitung von Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, mit Stichproben festgestellt, dass jeder Landkreis durchschnittlich eine bis zwei Millionen Euro im Jahr für den übertragenen und staatlichen Verwaltungsaufwand aufbringen muss.

**Ein bis zwei Millionen Euro im Jahr für staatliche Aufgaben**

Bei einzelnen Landkreisen war die Finanzierungslücke sogar noch deutlich größer.

**Innenministerium bestätigt Methodik**

Dass unsere Berechnungsmethodik richtig ist, hat uns das Innenministerium bestätigt.

Wir haben mit dem Innenministerium vereinbart, dass wir die Berechnungen nun rückwirkend für alle Landkreise für 2012 bis 2014 durchführen.

Die Zahlen liegen im Herbst auf dem Tisch. Aber schon jetzt zeigt sich, dass sich die bisherigen Ergebnisse bestätigt werden.

**Ständig zunehmende Aufgaben**

Wir sind ohnehin mit ständig zunehmenden Aufgaben konfrontiert, liebe Landrätinnen und Landräte. Das betrifft im sozialen Bereich die Jugendhilfe, im Umweltbereich muss etwa die EU-Richtlinie über Industrieemissionen umgesetzt werden, auch im öffentlichen Gesundheitsdienst kommen ständig Aufgaben dazu.

Ich habe bereits im Juni letzten Jahres in Bad Tölz darauf hingewiesen, dass

gegebenenfalls einzelne **Aufgaben der Landratsämter auf ihre Notwendigkeit hin geprüft werden müssen.**

Dazu hat die Geschäftsstelle des Landkreistags eine **Umfrage** durchgeführt.

Ich sage allen ein herzliches Dankeschön, die sich daran beteiligt haben.

Wir werden Ihre Vorschläge auswerten und in unseren Gremien behandeln.

**Freistaat muss Verantwortung gerecht werden**

Es gilt "**Entweder oder**". Der Freistaat muss seiner Verantwortung gegenüber den Landratsämtern gerecht werden.

Entweder die Landratsämter werden bei den Aufgaben entlastet, oder es gibt einen Ausgleich für die neuen Belastungen.

**Denn wer Aufgaben anschafft, muss sie auch bezahlen!** Dafür werde ich mich weiterhin einsetzen.

Sie sehen und wissen, das abgelaufene Jahr war sehr arbeitsintensiv!

Wir sind ein Stück vorangekommen und dennoch liegt noch viel Arbeit vor uns!

Gehen wir diese Arbeit weiterhin gemeinsam an!

Es lohnt sich!

**Blick auf Europa**

Lassen Sie uns zum Abschluss noch einen Blick auf **Europa** werfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In diesen Tagen, in denen uns der Tod Hunderter Menschen im Mittelmeer erschüttert, wissen wir:

Es braucht Europa, um die transnationalen Aufgaben, die uns der Ansturm der Flüchtlinge stellt, anzugehen.

## **Brüssel beeinflusst 75 Prozent unserer Rechtsvorschriften**

Wir wissen aber auch, dass zwischenzeitlich über **75 Prozent unserer Rechtsvorschriften von Brüssel beeinflusst** sind.

Ein aktuelles Beispiel dafür sind die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP.

Wir müssen alle politischen Akteure motivieren, dass die kommunalen Kernbereiche wie die Daseinsvorsorge dadurch nicht eingeschränkt werden.

## **Kommunale Selbstverwaltung in Europa verteidigen**

Denn die **kommunale Selbstverwaltung und der Subsidiaritätsgrundsatz werden von den Institutionen der EU generell zu wenig beachtet.**

Wir müssen daher weiter europapolitische Schwerpunkte setzen.

## **Brüssel-Fahrt im Oktober: Europapolitische Schwerpunkte setzen**

In diesem Sinne sehe ich auch unsere **Fahrt nach Brüssel im Oktober**, bei der ich hoffentlich viele von Ihnen wiedersehe, und die dort geplanten Treffen mit Vertretern der EU-Kommission und Europaabgeordneten.

## **Schluss**

Bis dahin allerdings gilt es, unsere Hausaufgaben vor Ort zu machen.

Nutzen wir den heutigen und morgigen Tag dafür, dass wir in Sachen Medizin und Pflege im ländlichen Raum eine gemeinsame starke Position finden.

Denn Gesundheitspolitik ist Standortpolitik für den ländlichen Raum, für die Zukunft unserer Heimat.

Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

In diesem Sinne wünsche ich uns zwei erfolgreiche Tage!